



Anti-Minarett-Initiative

**Analyse zur Rolle verschiedener
Akteure und Akteurinnen in der
Abstimmungskampagne**

Erarbeitet und herausgegeben von:

Interreligiöser Think-Tank

20. Mai 2010

Einleitung

Die Initiative, die den Bau von Minaretten in der Schweiz auf Verfassungsebene verbietet, wurde am 29. November 2009 mit 57,5 Prozent angenommen.

Der Interreligiöse Think-Tank hat sich aktiv in die Abstimmungsdebatte eingebracht und sich bereits im Mai 2009 mit einer Stellungnahme an die Öffentlichkeit gewandt. Am 9. November 2009 hat er ein Argumentarium "16 Gründe für ein Nein" verfasst und an die Medien verschickt und am 18. November einen "Offenen Brief an Julia Onken" veröffentlicht – als Reaktion und Stellungnahme zu ihrem Aufruf an ihr Frauennetzwerk, aus frauenrechtlichen Gründen für die Minarettverbots-Initiative zu stimmen (www.interrelthinktank.ch; <Statements>).

Daneben waren Mitglieder des Interreligiösen Think-Tanks als Meinungsmacherinnen gegen die Initiative engagiert, z.B. als Gesprächsteilnehmerinnen auf öffentlichen Podien, als Autorinnen in verschiedenen Publikationen und mit Auftritten im Schweizer Fernsehen.

Die vorliegende Analyse stützt sich auf Erfahrungen und Beobachtungen der Mitglieder des Interreligiösen Think-Tanks in deren engerem und weiterem (inter-)religiösen, gesellschaftlichen und medialen Umfeld.

Die wichtigsten Punkte in Kürze:

1. Der Genderaspekt bzw. das Frauenthema wurde im Abstimmungskampf mehr und mehr ins Zentrum gerückt und instrumentalisiert. Dies hatte entsprechend grosse Mobilisierungskraft, nicht zuletzt unter Frauen.
2. Das Agieren der Medien hat nicht zur Differenzierung und zur sachlichen Meinungsbildung beigetragen. Vorurteile wurden eher bestätigt als hinterfragt.
3. Die Mehrheit der Stimmbevölkerung hat Politik aus dem Bauch heraus betrieben.
4. Politische Parteien und Wirtschaftsverbände haben die Stimmung in der Bevölkerung falsch eingeschätzt und sich nicht genügend gegen die Initiative engagiert.
5. Die obersten Gremien der Landeskirchen haben sich klar und eindeutig gegen die Initiative ausgesprochen, doch sie fanden mit ihrer Nein-Parole bei ihrer Basis wenig Gehör. Auf regionaler und lokaler Ebene war das Verhalten der Kirchen bzw. der Gemeinden ambivalent.
6. Jüdische Dachorganisationen wie der Schweizerische Israelitische Gemeindebund und die Liberalen Juden der Schweiz sowie jüdische Vereine sprachen sich bereits im Vorfeld der Abstimmung für ein "Nein" aus. Auch hier gab es eine Diskrepanz zwischen der offiziellen Position der Leitungsgremien und einem Teil der Basis.
7. Die muslimischen Verbände und Gemeinschaften haben sich zu spät und zu wenig koordiniert in die Debatte eingeschaltet. Sie haben zwar ein sachliches Argumentarium erstellt, das auf die Argumente der Initianten Bezug genommen hat, aber es ist ihnen nicht gelungen, damit in der Öffentlichkeit und in den Medien Gehör zu finden.
8. Interreligiöse Organisationen haben sich stark engagiert. Sie wurden jedoch als wichtige Akteurinnen, die seit langem in diesem gesellschaftspolitischen Feld tätig sind, von den Medien übergangen.

Im Folgenden wird die Rolle des "Frauenthemas" und der Frauen, der Kirchen und der Medien im Abstimmungskampf sowie nach der Anti-Minarett-Abstimmung analysiert.

1 Rolle des Frauenthemas und der Frauen

1.1 Politische Instrumentalisierung des Frauenthemas und der Geschlechterfrage in der Abstimmungskampagne

Im Verlauf der Abstimmungskampagne wurde die Geschlechterfrage bzw. das Frauenthema von den Initianten der Minarettverbotsinitiative immer stärker ins Zentrum der öffentlichen Debatten gerückt. Das Minarett wurde als Symbol eines als frauenfeindlich deklarierten Islam dargestellt und die Minarettfrage mutierte zur Frauenbefreiungsfrage. So wurde auf Podien, in Interviews und Fernsehdebatten mit dem Minarett explizit eine Reihe von kulturellen Praktiken verknüpft, die Frauen betreffen und in der Schweizer Bevölkerung Ängste wecken, die aber mit dem Islam als Religion im Allgemeinen und mit dem Minarett im Speziellen nichts zu tun haben: Zwangsheiraten, Genitalverstümmelung, Ehrenmorde. Mit dem unsäglichem Abstimmungsplakat der Initianten wurde die Verknüpfung Islam = Frauenunterdrückung dann vollends ins Bild gesetzt: eine schwarz verhüllte Frau und hinter ihr Minarett auf einer Schweizer Flagge, die wie Raketen in den Himmel ragen.

Mit anderen Worten: Das Initiativkomitee, die EDU und die SVP haben im Abstimmungskampf die Frauenfrage für ihre politischen Zwecke instrumentalisiert. Ausgerechnet Vertreter jener Parteien, die ein rückständiges Frauenbild propagieren und seit Jahren jedes gleichstellungspolitische Postulat in unserem Land bekämpfen, haben sich die Befreiung der "armen, unterdrückten Musliminnen" auf die Fahnen geschrieben. Aber um die Befreiung der unterdrückten Musliminnen ging es ja auch nicht wirklich. Die "bedrohte" Frau / Muslimin diente vielmehr als Propagandafigur einer rechtspopulistischen fremdenfeindlichen Politik, die der "schleichenden Islamisierung der Schweiz" einen Riegel schieben wollte. Der Islam wurde zu diesem Zweck als durch und durch frauenfeindlich und machohaft karikiert; gezielt wurde die Angst geschürt, die fremde Religion Islam bedrohe die Demokratie, die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Frauenrechte in der Schweiz. Die alltägliche Gewalt gegen Frauen in unserer Gesellschaft, die von Männern jedwelcher Couleur, Kultur, Religion, sozialer Schicht etc. verübt wird, wurde bei einer Minderheit quasi "entsorgt".

Ausserdem wurde die eigene Religion von den Initianten und Befürwortern der Initiative als aufgeklärt und ethisch überlegen konstruiert. So stellten sie ein in ihren Augen egalitär-frauenfreundliches Geschlechterkonzept im Christentum einem angeblich frauenfeindlichen Geschlechtermodell im Islam gegenüber. Dabei wurde nicht nur ein monolithisches Bild von *dem* Christentum und *dem* Islam gezeichnet, die es so nicht gibt und nie gegeben hat, sondern die eigene, christliche Religion wurde als frauenfreundlich idealisiert. Mit anderen Worten: Die positivsten Traditionen der eigenen Religion wurden gegen die radikalen Auswüchse der anderen Religion ins Feld geführt, und die Tatsache, dass die Emanzipation und politische Gleichberechtigung der Schweizer Frauen u. a. gegen die patriarchalen Frauenbilder der Kirche erkämpft werden mussten, wurde geflissentlich verschwiegen.

1.2 Beitrag der Frauen und des Frauenthemas zum Abstimmungsergebnis

Die Initianten haben mit ihrer Taktik der Instrumentalisierung der "Frauenfrage" offenbar bei bürgerlichen und besonders bei rechts stehenden Frauen Erfolg gehabt, die mit 87% die Initiative deutlicher annahmen als rechte Männer (71%), wie die Vox-Analyse der Abstimmung zeigt, die im Januar 2010 veröffentlicht wurde. Dass linke, feministische Frauen für das Minarett-Verbot gestimmt hätten, wie kurz nach der Abstimmung von den Medien verbreitet worden war, hat sich dagegen als falsch erwiesen: nur 16% der linken Frauen stimmten Ja, weniger als ihre linken Genossen (21%). Auch eine Meinungsumfrage von Demoscope im Februar 2010 bestätigte, dass die Unterstellung falsch war, linke, feministische Frauen hätten wesentlich zur Annahme der Minarettverbotsinitiative beigetragen.

Von ausschlaggebender Bedeutung war jedoch, wie die Demoscope-Umfrage zeigt, die Frage nach der Rolle der Frau im Islam. Sie wurde von den Befragten am häufigsten als Grund dafür genannt, weshalb die Initiative angenommen wurde. Die Strategie der Initianten, mit der "Frauenfrage" Stimmen für ein Verbot von Minaretten zu gewinnen, ist offensichtlich erfolgreich gewesen.

Öffentliche Unterstützung erhielten sie dabei auch von Frauen, z. B. von Islamkritikerinnen wie der deutsch-türkischen Soziologin und Frauenrechtlerin Necla Kelek, die im Vorfeld der Abstimmung gern gesehener Gast auf Podien und in Zeitungsinterviews war. Oder von der bekannten feministischen Autorin und Psychotherapeutin Julia Onken. Diese hatte vor der Abstimmung 4000 E-Mails an ihr Frauennetzwerk verschickt, in denen sie die Frauen aufrief, für ein Minarett-Verbot zu stimmen. Moscheen seien Männerhäuser, Minarette männliche Machtsymbole. Mit dem Bau von Minaretten würde gleichzeitig ein sichtbares Zeichen für die staatliche Akzeptanz der Unterdrückung der Frau gesetzt. Zwar hätte sich Onken in dieser Logik auch für ein Verbot von Kirchtürmen, zumal katholischen, einsetzen müssen, da die römisch-katholische Amtskirche bis heute eine patriarchal strukturierte Männerbastion ist, Frauen diskriminiert, eine restriktive Sexualmoral verkündet und ein konservatives Frauenbild vertritt. Doch um Logik ging es nicht, sondern um diffuse Ängste, um das "weibliche Unbehagen in Sachen Islam", wie Onken im "Tages-Anzeiger" am Tag nach der Abstimmung verlauten liess. Mit ihrem Ja hätten die Leute – anonym – ihren Frust ausgedrückt.

1.3 Wer kam zu Wort? Wer wurde gehört?

Julia Onkens Rund-Mail hat laut der Verfasserin eine Flut von Zustimmung ausgelöst. Auch von den Medien wurde Onkens Pamphlet über die Unterdrückung der Frauen im Islam, die durch Minarette zementiert würde, kurz vor der Abstimmung breit aufgegriffen. Der Sonntagsblick machte ihre Mail-Aktion publik, Tages-Anzeiger und Berner-Zeitung zogen nach und eine Einladung in den "Club" des Schweizer Fernsehens folgte. Ihre Befürwortung der Anti-Minarett-Initiative wurde der breiten Bevölkerung als *die* feministische Position verkauft. Andere feministische Positionen dagegen, die das Islam-Bashing nicht bedienten und sich gegen die Initiative engagierten, fanden in den Medien kaum Gehör oder wurden als linke Multi-Kulti-Toleranz abgetan, die "alles verrät, wofür Generationen von Frauen vor ihnen gekämpft hatten", so Frank A. Meyer im Blick vom 15. November 2009.

Auch wir Frauen vom Interreligiösen Think-Tank fanden kein Gehör. So hatten wir bereits drei Wochen vor der Abstimmung ein "Argumentarium" mit 16 Gründen für ein NEIN an die Medien verschickt und darin unter anderem die Instrumentalisierung des Frauenthemas durch die Initianten kritisiert. Ebenso hatten wir unsere Besorgnis im Begleit-Mail formuliert, dass es bei der Abstimmung eng werden könne, da zunehmend Emotionen die Oberhand gewannen. Doch unser Argumentarium wurde von keiner einzigen Zeitung aufgegriffen: Offenbar waren differenzierte Argumente von interreligiös engagierten Frauen im Abstimmungskampf nicht gefragt. Einzig kirchliche Nachrichtenagenturen und interreligiös engagierte Organisationen griffen unsere Argumente auf und publizierten sie auf ihren Websites.

Dass Julia Onkens Position keineswegs repräsentativ war für die Feministinnen der Schweiz, zeigte das grosse Echo, das unser "Offener Brief an Julia Onken" bei Einzelfrauen und Frauenorganisationen auslöste. In diesem Brief kritisierten wir u. a., dass Onken mit ihrem diffamierenden Angriff auf die muslimischen Gemeinschaften in der Schweiz gerade den muslimischen Frauen einen schlechten Dienst erweise. Diffamierende Angriffe und Ausgrenzungen würden nur einen Rückzug aus der Gesellschaft, eine stärkere Rückbesinnung auf konservative Positionen und traditionelle Geschlechterrollen bewirken und damit muslimischen Frauen mehr schaden als nützen. Das könne wohl nicht das Ziel von Feministinnen sein – jedenfalls nicht jenes Feminismus, wie wir ihn und viele andere Feministinnen in der Schweiz

vertreten. Diesem geht es um die *Selbstbestimmung* von Frauen, was auch heisst, dass die anderen Frauen nicht nur pauschal als *Opfer* wahrgenommen werden, sondern als *Subjekte* mit einer eigenen Stimme und dass mit ihnen zusammen nach Lösungen für ihre Anliegen gesucht wird. Besser zu wissen, was für muslimische Frauen gut ist, als die Musliminnen selbst, ist unseres Erachtens ein (neo-)kolonialer Gestus.

Während Medien wie Sonntagsblick, Tages-Anzeiger, Bernerzeitung etc. unseren "Offenen Brief" ignorierten, wurde er von Frauen, Frauenorganisationen sowie linken Kreisen durch E-Mails verbreitet und zum Teil ihren Mitgliedern mit der Abstimmungsempfehlung verschickt – so z.B. von der FemCo (Feministische Koalition der Schweiz). Auch kirchliche und interreligiöse Frauenkreise wie die Evangelischen Frauen der Schweiz, die IG Frauenkirche, die IG Feministischer Theologinnen und das Europäische Projekt für Interreligiöses Lernen EPIL unterstützten unseren "Offenen Brief". Doch jene Breitenwirkung, welche Julia Onken dank der Unterstützung durch die Massenmedien bzw. deren Berichte erhalten hatte, konnte unsere Stellungnahme leider nicht erzielen.

Auch nach der Abstimmung ging die einseitige und tendenziöse Medienarbeit weiter: Julia Onken durfte das Abstimmungs-Ja im Tages-Anzeiger vom 1. Dezember breit kommentieren, und in die Arena vom 11. Dezember 2009 zur Nachbearbeitung des Abstimmungsergebnisses war die deutsche Feministin und Islamkritikerin Alice Schwarzer als Repräsentantin der (Schweizer) Frauen bzw. der Feministinnen als einzige Frau in den inneren Kreis der Expertenrunde eingeladen.

1.4 Folgen für künftige Debatten: Was muss anders laufen?

Es stellt sich die Frage, weshalb so viele bürgerliche und rechts stehende Frauen für die islamfeindliche Demagogie der Initianten empfänglich waren und für ein Ja gewonnen werden konnten. Darüber lassen sich zurzeit nur Vermutungen anstellen. Liessen sich Frauen durch das Szenarium eines angeblich die Frauenrechte in der Schweiz bedrohenden Islam ansprechen, weil sie sich ihrer erst seit kurzem gewährten Gleichstellung unsicher sind und Ängste über einen Rückfall in patriarchale Zeiten virulent sind?

Auch Unwissen und Desinformation haben eine grosse Rolle gespielt: Kenntnis über den Islam speist sich bei einer Mehrheit der Frauen und Männer hierzulande aus den Massenmedien, die nur über Probleme und Gefahren berichten und so ein einseitig negatives Bild des Islam vermitteln – gerade auch, was die Rolle und Situation der Frauen betrifft. So werden fast täglich in den Medien Einzelfälle herangezogen, aneinandergereiht und hochstilisiert, um den Eindruck zu vermitteln, der Islam sei nichts anderes als eine Religion der Gewalt und der Frauenunterdrückung. Das Unwissen über die Stellung der Frau im Islam sowie über Themen wie Genitalbeschneidung von Frauen und Zwangsheiraten, die auch in andern Kulturen und bei Frauen anderer religiöser Traditionen vorkommen, hat so viele Frauen der Propaganda der Initianten aufsitzen lassen. Wissen und Kenntnis über den real gelebten Islam bzw. die unterschiedlichen Ausprägungen desselben und die Situation von Musliminnen in der Schweiz tun not. Dazu könnten gerade junge Muslime und Musliminnen beitragen, die jedoch in den Medien Gehör bekommen müssten. Vor allem sollten vermehrt gut ausgebildete junge Muslime und Musliminnen, die in einer islamischen Tradition aufgewachsen sind und unterschiedliche soziale Hintergründe haben, zu Wort kommen.

Auch die interreligiösen Organisationen inklusive wir Frauen vom Interreligiösen Think-Tank müssen uns überlegen, wie wir mit unserer Aufklärungsarbeit gezielter an eine breitere Öffentlichkeit gelangen können.

Für feministisch- und frauenpolitisch engagierte Frauen in der Schweiz stellt sich die Frage, was dagegen unternommen werden kann, dass nicht weiterhin ein Feminismus, der paterna-

listisch über andere Frauen entscheidet, in den Medien die Definitionsmacht bekommt. Für die nächste Islamdebatte, die schon im Gange ist und wieder anhand eines "Frauenthemas", der Burka, lanciert wird, gilt es die differenzierten Stimmen von muslimischen und nicht-muslimischen Frauen zu bündeln und sich als feministische, linke und interreligiös agierende Frauen von Anfang an viel stärker in die öffentlichen Debatten einzumischen, eventuell auch mit Aktionen, die Aufmerksamkeit erregen. Auch Lobbyarbeit bei Politikerinnen und Parlamentarierinnen der verschiedenen Parteien wäre wichtig. Denn wie sich zeigt, gibt es politische Frauenallianzen sowohl *für* (Alliance F) wie *gegen* ein Burka-Verbot (Frauen-Allianz von SP-Frauen, FDP-Frauen, die Grünen und CSP Frauen). Und auch unter muslimischen Frauen gibt es vehement vertretene, unterschiedliche Meinungen: Die einen erblicken in der Burka einen Ausdruck für die (religiöse) Selbstbestimmung der Frau, die anderen ein Symbol des politischen Islam.

Zudem wäre eine Diskussion anzustossen, wie in gewissen feministischen Islamdebatten (neo-)koloniale Muster weitergeführt werden – die eigene Stellung als westlich-emanzipierte Frau wird überhöht, indem die "arme" Muslimin nur als Opfer böser islamischer Männermacht wahrgenommen wird – und wie dadurch rechtspopulistischer Politik in die Hände gespielt wird.

2 Die Rolle der Kirchen

2.1 Kirchliche Positionen im Abstimmungskampf

Die obersten Gremien der Kirchen und Freikirchen in der Schweiz – der Schweizerische Evangelische Kirchenbund (SEK), die römisch-katholische Bischofskonferenz, die Christkatholische Kirche in der Schweiz, der Verband evangelischer Freikirchen und Gemeinden in der Schweiz (VFG), die Schweizerische Evangelische Allianz (SEA), der Bund Schweizer Baptistengemeinden, die Heilsarmee u. a. – haben sich gegen die Anti-Minarett-Initiative ausgesprochen. Vor allem der Schweizerische Evangelische Kirchenbund hat sich mit informativen Unterlagen, mit Argumentarien und Flyern für ein Nein eingesetzt.

Die Argumente der einzelnen kirchlichen Verlautbarungen waren vielfältig. Bei allen Stellungnahmen wurde jedoch darauf hingewiesen, dass ein Minarettverbot zur Diskriminierung und Ausgrenzung einer Religionsgruppe führe und zentrale Grundrechte wie die Religions-, die Glaubens- und die Gewissensfreiheit antaste. Die meisten kirchlichen Positionspapiere plädierten für mehr christliche Toleranz. Die Aufforderung, die Initiative abzulehnen, stütze sich auf "unsere christlichen Werte und die demokratischen Prinzipien in unserem Land", so die Katholische Bischofskonferenz. Gleichzeitig verschwiegen die Stellungnahmen nicht, dass es Konflikte und Probleme im multireligiösen Zusammenleben gebe, und forderten einen gegenseitigen Umgang in Rücksicht und Offenheit mit anderen Religionsgemeinschaften und deren Glaubenspraxis, um zukunftsorientierte Lösungen für das Zusammenleben in Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit zu schaffen.

Doch es ging den Kirchen ähnlich wie den politischen Parteien und der Schweizer Regierung. Sie fanden mit ihrer Nein-Parole bei der Basis kaum Gehör: 59% KatholikInnen und 61% Reformierte stimmten einem Verbot von Minaretten zu. Die kirchlichen Stellungnahmen waren bei einem Grossteil der Gläubigen offenbar nicht wegweisend für den eigenen Entscheid. Die Vox-Analyse stellt fest, dass gerade kirchentreue Bürgerinnen und Bürger für die Initiative gestimmt haben. Heisst dies, dass die Kirchenleitungen ihre Basis nicht mehr erreichen oder dass sie sich zu wenig deutlich gegen die Initiative engagiert haben?

Offizielle reformierte Kirchenvertreter meinten im Nachhinein, dass sie genug getan hätten im Abstimmungskampf, dass in unserer pluralistischen Gesellschaft der/die einzelne aber nicht mehr aus Partei- oder Kirchengebundenheit heraus entscheide. Gerade in der reformierten Kirche werde der freie Gewissensentscheid des Einzelnen hochgehalten und es sei daher nicht verwunderlich, wenn diese von ihren Mitgliedern beim Wort genommen werde (Reformierte Presse 2/10). Das sei auch bei anderen Themen so. Es bleibt dennoch die Frage, ob die Kirchenleitungen bei einer so grundsätzlichen Abstimmung, die Grundrechte unserer Verfassung verletzt und eine religiöse Minderheit diskriminiert, ihr moralisches Gewicht gegenüber ihrer Basis nicht stärker hätten in die Waagschale werfen müssen.

2.2 Wer kam zu Wort?

Was die Kirchenleitungen in ihren Stellungnahmen veröffentlichten, wurde auf der Ebene der Gemeinden nicht in gleicher Weise umgesetzt. So gab es beispielsweise Podien, die von einer reformierten Kirchgemeinde organisiert wurden und der einzige Vertreter der reformierten Kirche, ein Pfarrer, sass auf der Befürworterseite. Oder es wurden Vertreter des Initiativkomitees neben muslimischen und christlichen GegnerInnen der Initiative aufs Podium geladen, um einen "ausgewogenen" und sachlichen Meinungsbildungsprozess zu ermöglichen – was bei der Polemik der Befürworter und den differenzierten Argumenten der GegnerInnen von Anfang an zum Scheitern verurteilt war. Es scheint, dass nicht nur die kirchliche Basis, sondern auch das kirchliche Personal den Stellungnahmen ihrer Kirchenleitungen nicht überall gefolgt ist.

In vielen Medien kamen zudem "christliche" Vertreter zu Wort, die fundamentalistische Haltungen haben und somit kaum das Gros der reformierten Basis repräsentierten. Generell wurde christlicherseits die Debatte in den nationalen Medien von evangelikal ausgerichteten Repräsentanten geprägt. So wurde im "Club" des Schweizer Fernsehens die Diskussion darüber, was christlich ist und was nicht, Leuten wie Christan Waber, Ex-Nationalrat der EDU und Mitglied des Initiativkomitees, oder Heinz Gstrein, Orientalist und Islamgegner sowie Präsident der Arbeitsgemeinschaft Orthodoxer Kirchen in der Schweiz, überlassen. Moderne TheologInnen bzw. VertreterInnen eines nicht-fundamentalistischen Christentums kamen kaum zu Wort. Die Medien bestimmten also, wer repräsentativ ist für die christliche Sicht, und nicht die Kirchen.

Auffallend war auch, dass im Zuge der Kampagne die "Christenverfolgung in islamischen Ländern" überproportional thematisiert wurde. Nicht nur auf Podien, in Zeitschriften und LeserInnenbriefen wurden die nicht vorhandene Religionsfreiheit in muslimischen Ländern und die Verfolgung von Christen angesprochen, sondern auch in den meisten offiziellen kirchlichen Stellungnahmen wurde darauf eingegangen – wobei allerdings davor gewarnt wurde, Unrecht dort mit Unrecht hier zu vergelten. Evangelikale Kreise dagegen schürten die durch dieses Thema geweckten Emotionen, ohne zu differenzieren, dass die Diskriminierung und Verfolgung mancherorts eine Antwort auf aggressive Missionierungsversuche evangelikaler Gruppierungen ist. In Zeitungen, die früher nie über dieses Thema berichtet hatten, waren ganzseitige Berichte zum Thema zu lesen, während es kaum Beiträge gab, die das friedliche Zusammenleben von Muslimen und Christen thematisierten oder die Verfolgung von Muslimen durch Christen wie z. B. in Bosnien-Herzegowina.

Interreligiöse Organisationen und Gruppierungen haben viel getan im Vorfeld der Abstimmung, wurden von den Medien jedoch kaum gehört. Sie zeigten auf, dass religiöse Vielfalt nicht nur Probleme schafft, sondern auch eine Bereicherung ist, und dass es gilt, auf eine Kultur des Dialogs und der gegenseitigen Anerkennung hinzuarbeiten. Für ihre Bemühungen, Aufklärungsarbeit zu leisten und Lösungen herbeizuführen, gibt es aber kaum Geld.

Auch im Abstimmungskampf wurden die interreligiösen Kreise kaum unterstützt, weder von der Wirtschaft noch von der Politik und den Medien, so z.B. in ihrer Gegen-Plakatkampagne.

2.3 Folgen für künftige Debatten: Was muss anders laufen?

Die Kirchen haben insgesamt gesehen zu wenig engagiert in den Abstimmungskampf eingegriffen. Sie haben sich zwar im Namen der Menschenrechte und der Religionsfreiheit für ein Nein stark gemacht, die Diffamierung der MuslimInnen in der Schweiz durch die Befürworter der Initiative jedoch nicht genügend verurteilt und den Klischees von Parallelgesellschaften und schlecht integrierten MuslimInnen zu wenig widersprochen. Vielleicht befürchtete man Negativreaktionen der eigenen Basis. So gab es bereits als Reaktion auf die offiziellen kirchlichen Nein-Parolen etliche Kirchenaustritte.

Doch gerade die christlichen Kirchen müssten klar und pointiert Stellung beziehen gegen jegliche Form von Ausgrenzung und Diskriminierung von Menschen bzw. von ganzen Bevölkerungsgruppen und ohne Wenn und Aber eintreten für den Schutz von Fremden und Minderheiten, wenn sie ihren Auftrag, d.h. ihre eigene theologische Botschaft ernst nehmen wollen. Es stellt sich für sie dabei allerdings die Frage, wie sie ihre eigene Basis davon überzeugen können, dass dies die eigentlich "christlichen" Werte sind und nicht jene, auf die die christliche Mehrheitsgesellschaft so gerne pocht in ihren Abgrenzungsversuchen gegenüber den "Anderen".

Auch die interreligiösen AkteurInnen müssen die Wirksamkeit ihrer Arbeit überdenken. Denn ihre Ziele sind gut und richtig, aber sie erreichen nur einen kleinen Kreis von Menschen. Welche Methoden oder auch neuen Medien könnten genutzt werden für eine bessere Breitenwirkung?

3 Die Rolle der Medien

3.1 Negatives Islambild der Medien



Die Medien spielen seit langem – nicht erst seit 9/11 – eine wesentliche Rolle im Hinblick auf die Entwicklung eines negativen Bildes vom Islam und den Muslimen. Das massenmedial geprägte Islambild in der westlichen Welt begann mit der Berichterstattung über die "Islamische Revolution" im Iran 1979. Die ersten Bilder dieses Ereignisses, die an den Begriff "islamisch" gekoppelt wurden, zeigten im Wesentlichen grosse Menschenmassen, die für die Revolution und den Revolutionsführer Khomeini auf die Strasse gingen. Man sah Demonstrationzüge von Männern, welche "frenetisch" oder "fanatisch" Parolen schriehen, und solche von schwarz verschleierten Frauen.

Die Wirkung bzw. Botschaft der Bilder lässt sich auf drei Inhalte reduzieren, welche bis heute den (massenmedialen) Diskurs über den Islam in der westlichen Welt im Wesentlichen bestimmen: **Fremdheit, fanatische Massen, Frauenfeindlichkeit.**

Diese drei "F" sind die Grundingredienzien, die in der Bevölkerung westlicher Gesellschaften zu einer negativen Befindlichkeit in Bezug auf den Islam führen.

Fremdheit steht für das Unbekannte, das allgemein menschlich gesehen meist Angst auslöst. Es steht für Unverständnis und Unvereinbarkeit mit dem "Eigenen" und löst Identitätsängste – oder Fragen aus.

Fanatische Massen: Fanatismus steht für Masslosigkeit und Irrationalität und die Massen für die Gefahr durch Übermacht, Gleichschaltung, Organisiertheit. Zusammen ergibt dies eine grosse Bedrohung, der nicht durch Rationalität begegnet werden kann. Allgemein wird Muslimen wenig Rationalität attestiert. Auch die Unterstellung der Gewaltbereitschaft ist im Motiv des Fanatismus enthalten.

Frauenfeindlichkeit weist auf die Rückständigkeit im Islam hin, die man selbst bereits überwunden glaubt. Zugleich sind Frauenrechte im Westen eine junge Errungenschaft, die bisher weder vollends umgesetzt wurden noch von allen im gleichen Masse mitgetragen werden, ja sogar immer wieder in Frage gestellt werden.

Alle Themen, die in den Massenmedien in den Zusammenhang mit dem "Islam" und den "Muslimen" gestellt werden, lassen sich einem oder oft sogar mehrerer dieser "F"-Motive zuordnen: Terrorismus, Zwangsheirat, Frauenbeschneidung, mangelnder Integrationswille usw.

Diese drei Hauptmotive sind wiederum an oft wiederholte Unterstellungen bzw. Stereotype gekoppelt, die heute in weiten Teilen der Bevölkerung als unhinterfragte Annahmen bzw. "Fakten" gelten:

- Der Islam ist uns bzw. unserer Schweizer Kultur fremd.
- Die Muslime sind fanatisch, irrational und alle gleichgeschaltet.
- Der Islam ist frauenfeindlich. Eine verschleierte Frau ist unterdrückt.

3.2 Die Anti-Minarett-Initiative und die drei "F"

Das über die Landesgrenzen hinaus bekannt gewordene Plakat der Anti-Minarett-Initiative nimmt alle drei Motive auf:



Das Empfinden von Fremdheit und Unvereinbarkeit in Bezug auf den Islam wird einerseits vorausgesetzt, andererseits durch das Symbol der "eigenen Identität", der Schweizer Fahne, und der Symbole der "Anderen", der Minarett (in der türkisch-osmanischen Bauweise) und der verschleierte Frau (in der Variante der Araberinnen aus den Golfgebieten, die aber Assoziationen zur bekannteren Afghanischen "Burka" weckt), verstärkt. Die Minarett, die in grosser Anzahl und Dichte "das Land bedecken" werden, alarmieren und appellieren an die Ängste vor der grossen "Gefahr durch das zahlenmässige Potenzial" bzw. die wachsende Anzahl Muslime und Musliminnen im Land. Das Motiv der Frauenunterdrückung wird durch die verschleierte Frau symbolisiert.

3.3 Übernahme der Strategie der Initianten durch die Medien

Strategie der Initianten der Anti-Minarett-Initiative war es, die Diskussion nicht am eigentlichen Ansinnen, dem Verfassungsartikel zum Verbot des Baus von Minaretten, festzumachen, sondern den weiten Bogen von Themen, welche dem Islam zugeordnet werden, mit einzubeziehen, und letztlich diese zum eigentlichen Inhalt der Mediendiskussion zu machen. So wurden beispielsweise Fernsehdiskussionen über die "Frauenfrage im Islam", über die "Integration von Muslimen" oder über die "Vereinbarkeit von Islam und Demokratie" ganz selbstverständlich im Kontext der Anti-Minarett-Initiative geführt.

Dieser Punkt ist scharf zu kritisieren, denn Medien haben in der Schweizerischen Demokratie eine grosse Verantwortung in Bezug auf die politische Meinungsbildung. Die Medien haben jedoch im Verlauf der Abstimmungskampagne im Wesentlichen die "Meinung im Volk zum Islam" abgebildet (was eine der Aufgaben der Medien ist) bzw. die vorherrschende Optik übernommen, nicht aber zu einer differenzierten politischen Meinungsbildung in Bezug auf die Initiative hingearbeitet – und vor allem der Vermischung von Minarettdebatte und allgemeiner Islamdebatte zu wenig widersprochen. Dazu kommt, dass die Medien generell schwach gewesen sind im "Hinterfragen" von als Fakten ausgegebenen Klischees und Vorurteilen, wie eine Medienanalyse des Forschungsbereichs Öffentlichkeit und Gesellschaft der Universität Zürich vom Dezember 2009 zeigt.

Während sich Medien und Medienschaffende thematisch nicht an den Inhalt der Initiative hielten, sondern den Diskurs der Initianten übernahmen, die aus der Initiative eine eigentliche Pro- und Contra-Islam-Debatte machten, verhielten sich die politischen Instanzen und insbesondere der Bundesrat genau umgekehrt. Er beschränkte sich in seiner Auseinandersetzung mit der Initiative auf die juristischen Aspekte der Verfassungsinitiative. Entsprechend wurden hier staats-, verfassungs- und völkerrechtliche Argumente angeführt. Über die Medien verbreitet, konnten solch juristisch "nüchterne" Formulierungen und Begründungen bei der Stimmbevölkerung nicht gleichermassen ihre Wirkung entfalten. Für die mediale Inszenierung und emotionale Wirkung eigneten sich die plakativen Bilder (auch Sprachbilder) von tief verschleierten Frauen in Schwarz, raketenförmig stilisierten Minaretten sowie die Nennung von Begriffen mit emotionaler Signalwirkung wie "Zwangsheirat", "Scharia" und "Islamisierung" weitaus mehr.

Die Adaption der Initianten-Strategie durch die Medien und die Fokussierung auf Nebenthemen, die mit dem Islam in Verbindung gebracht wurden, hatte weit reichende Folgen: Die Initianten mussten zu keinem Zeitpunkt den Nutzen und die Wirksamkeit ihrer Initiative unter Beweis stellen. Die häufig (auch in den Medien) gemachte Feststellung, die Initiative sei kein taugliches Mittel, um all den genannten Problemen und Missständen entgegenzutreten, musste die politische Rechte nicht widerlegen. Indem die Nebenthemen permanent angesprochen und betont wurden, implizierten und verstärkten sie den Eindruck ihres Vorhandenseins und der angeblichen Dringlichkeit und Relevanz für die Schweizerische Gesellschaft. Auch die mediale Auseinandersetzung mit der Anti-Minarett-Initiative konzentrierte sich im Verlaufe der Kampagne immer mehr auf die angeblichen "Gefahren", ohne dass sie von den Medien recherchiert, d.h. mit Fakten untermauert worden wären.

Bemerkenswerterweise wurde diese Strategie seitens der Initianten nicht verheimlicht oder in Abrede gestellt. Ein oft gehörtes Zitat der Befürworter lautete: "Wir wollen, dass endlich über all diese Probleme diskutiert wird." So betrachtet ist die Anti-Minarett-Initiative ein eigentlicher Verrat am Schweizerischen Initiativrecht. Eine Initiative darf nicht dazu dienen, aufgrund von emotionalen Befindlichkeiten rechtsstaatliche Normen ausser Kraft zu setzen. Genau das ist aber geschehen. Und die Medien müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, im Gros-

sen und Ganzen eine wesentliche Rolle dabei gespielt zu haben, wenn nicht gar eine (unbewusste) Komplizenschaft mit den Initianten eingegangen zu sein.

3.4 Wer kam und kommt zu Wort?

Dies zeigte sich auch darin, dass die meisten Texte in den Printmedien von VertreterInnen der Mehrheitsgesellschaft verfasst worden sind oder von islamkritischen Frauen und Männern, dass aber kaum VertreterInnen der muslimischen Bevölkerung zu Wort kamen. Dies widerspricht dem Recht auf Selbstdefinition!

Auch die Balance zwischen Befürwortern und Gegnern der Initiative war, wenn überhaupt angestrebt, in den Medien nie wirklich gewahrt. Auch diese unsere Beobachtung wird von der erwähnten Medienanalyse der Universität Zürich gestützt, die zeigt, dass 3/4 der öffentlichen Resonanz zugunsten der Befürworter der Initiative ausgefallen ist und dass in nur 1/4 der Berichterstattung die GegnerInnen zu Wort gekommen sind. Diese haben zudem den Stereotypen der Initianten über den Islam kaum je widersprochen, sondern die Abstimmung meist als Verletzung der Religionsfreiheit und der Minderheitenrechte kritisiert.

Eine besonders bedenkliche Rolle spielte in der Abstimmungskampagne das Schweizer Fernsehen, das auf Polarisierung und Emotionalisierung statt auf Differenzierung und sachliche Berichterstattung setzte. So bekamen die Befürworter der Initiative in den Sendegefässen wie "Club" oder "Arena" eine breite Plattform für ihre islamfeindlichen und oftmals polemischen Äusserungen, während die muslimischen Vertreterinnen und Vertreter sich immer in der Defensive befanden, d.h. in der Rolle, sich gegen (falsche) Angriffe verteidigen zu müssen. Konstruktive und informative Debatten, die zu einem sachlichen Meinungsbildungsprozess hätten beitragen können, kamen kaum je zustande.

In der Sendung "Arena" waren im innersten Kreis jeweils ausschliesslich Nicht-Muslime. Den Muslimen und Musliminnen kam die Rolle in der Zweiten Reihe zu. [Bemerkenswerterweise hielt man an diesem Konzept nicht fest, als es in der "Arena" vom 23. April 2010 um den neu gegründeten und umstrittenen Islamischen Zentralrat ging. Hier bekam nun der muslimische Vertreter mit seiner fundamentalistischen Ausrichtung den prominenten Platz im innersten Kreis.]

Auch nach der Abstimmung, über die sich breite Kreise der Gesellschaft erschrocken zeigten und nach einer offenen und vertieften Auseinandersetzung mit dem Islam und den MuslimInnen in der Schweiz verlangten, geht die Berichterstattung des Schweizer Fernsehens zum Islam in den genannten Bahnen weiter: Vorurteile gegenüber der muslimischen Bevölkerung der Schweiz werden nicht anhand objektiver Untersuchungen und Fakten hinterfragt, sondern durch tendenziöse Berichte und polarisierende Diskussionsrunden weiter zementiert: So beanspruchte im April 2010 ein Dok-Film mit den Titel "Unter dem Schleier" einen Muslimreport Schweiz vorzulegen, zeichnete aber ein völlig einseitiges Bild von den MuslimInnen in der Schweiz und sparte nicht mit abschätzigen Kommentaren. Obendrein wurde im Film auch noch die Behauptung von einem Hassprediger in einer Basler Moschee in die Welt gesetzt, die nicht bewiesen werden musste – sie erzielte ihre Wirkung so oder so. Und sowohl im "Club" wie in der "Arena" wurde dem Islamischen Zentralrat, einer kleinen radikalen Minderheit, eine Plattform zur Selbstdarstellung gegeben, die sie schweizweit bekannt machte. Damit gab das Fernsehen all jenen diffusen Ängsten Nahrung, die eine "Islamisierung" sprich eine Verbreitung fundamentalistischer islamischer Traditionen befürchten – Ängsten, die dann von rechtspopulistischen Politikern "bewirtschaftet" werden können.

Als gebührenfinanzierter Sender wird das Schweizer Fernsehen seiner gesellschaftlichen Verantwortung nicht in adäquater Weise gerecht. Sowohl das Gebot der Ausgewogenheit, der Repräsentativität wie auch der Integrationsauftrag werden nicht erfüllt. In Bezug auf die

Abstimmung wirkte das Schweizer Fernsehen nicht meinungsbildend, sondern bildete vornehmlich bestehende Haltungen ab und verstärkte sie damit. Es stellt sich die Frage, welchen Interessen es mit seiner tendenziösen Berichterstattung über den Islam und über die MuslimInnen dienen will.

4 Wie weiter? Einige Denkanstösse

- ▶ Eine Identitätsdebatte ist dringend nötig für die Schweiz. Wer ist die Schweiz? Welche Schweiz wollen wir? Diese Diskussion darf nicht weiter allein den Rechtspopulisten überlassen werden. Diese sprechen Identitätsängste vieler Schweizerinnen und Schweizer an, die u. a. durch die Globalisierung, die Finanzkrise und das derzeitige schlechte Image der Schweiz ausgelöst wurden, und begegnen diesen Ängsten mit einem Freund-Feind-Schema sowie mit einem heile Welt- und fremdenfeindlichen Heimatdiskurs.
Auch kritische, linke und feministische Kreise in unserem Land müssten den Identitätsdiskurs aufnehmen und einen eigenen, nicht-nationalistischen Identitäts- und Heimatdiskurs entwickeln, im Sinne von: "Wir lassen uns unsere offene und multikulturelle Schweiz nicht (von den Rechtspatrioten) wegnehmen."
- ▶ Es gilt, ein realistisches Bild der aktuellen Schweiz zu entwickeln. Das heisst, die Mehrheit der SchweizerInnen müsste endlich vollkommen überholte Bilder von einer 50er-Jahre-"Gartehägli"-Schweiz, wo wir unter uns waren und darum scheinbar noch alles in Ordnung war, loslassen und zur Kenntnis nehmen, dass die Schweiz ein Einwanderungsland und heute weltweit eines der modernisiertesten und globalisiertesten Länder überhaupt ist und dass genau darauf zu einem guten Teil unser Wohlstand beruht.
- ▶ Zu diesem realistischen Bild von der Schweiz gehört auch ein realistisches Bild von den rund 400'000 als muslimisch gemeldeten MitbewohnerInnen unseres Landes. Diese bilden keinen einheitlichen Block – weder was die Ausprägung und Ausgestaltung ihrer Religion noch was die kulturelle und nationale Herkunft betrifft. Einen guten Einblick in die reale Situation von MuslimInnen in der Schweiz bietet die Studie "Muslime in der Schweiz" (hg. von der Eidgenössischen Ausländerkommission EKA, Bern 2005). Diese zeigt, dass die schweigende Mehrheit der MuslimInnen gut integriert ist und dass es keine Parallelgesellschaften gibt. Diese Fakten sollten von den Medien zur Kenntnis genommen und verbreitet werden und nicht die immer gleichen Stereotypen und unhaltbaren Klischees.
- ▶ Ein Diskurs über die ethische Verantwortung der Medien wäre dringend nötig. Statt Sprachrohr des Mainstreams zu sein, sollten sich die Medienschaffenden rückbesinnen auf journalistische Tugenden wie Unabhängigkeit, Sachlichkeit, Recherchieren von Fakten und Hinterfragen von Meinungen. Die neue Medienlogik, die Aufmerksamkeit eines möglichst breiten Publikums erringen will und daher generell meist nur über "Sensationen", Konflikte und Probleme berichtet und nicht über den Alltag oder die Normalität, muss in Frage gestellt werden. Denn in Bezug auf den Islam heisst dies, dass in den Medien nur über "auffällige Ereignisse" berichtet wird und nicht über die Mehrheit der MuslimInnen und die Normalität muslimischen Alltags in unserem Land. Damit wird permanent eine verzerrte Wahrnehmung des Islam in der Schweiz vermittelt. Vor allem das Schweizer Fernsehen, das mit seinem gesetzlichen Auftrag für den "Service public" eine besondere politisch-kulturelle Verantwortung für den öffentlichen Meinungsbildungsprozess trägt, sollte Ethik und Verantwortung vor Einschaltquoten stellen.

- ▶ Wichtig ist, der Zuschreibungs- und Identitätspolitik rechter Kreise und einzelner Medien entschieden entgegenzutreten, d.h. der Reduktion von Menschen auf ihre religiöse, kulturelle oder ethnische Identität: *die* Muslime, *die* Juden, *die* Schwarzen usw. Wohin das führen kann, hat die Geschichte mehrfach gezeigt.
Kein Mensch ist allein durch seine religiöse oder kulturelle Herkunft bestimmt, sondern von einer Vielzahl weiterer Faktoren wie Geschlecht, Alter, soziale Schicht, Bildung, Beruf, sexuelle Orientierung, Wohnort, politische Gesinnung, Hobbys usw., die seine individuelle Identität ausmachen. Nur indem man Menschen von aussen eine Identität zuordnet und sie z.B. auf ihre religiöse oder kulturelle Herkunft bzw. Gruppe reduziert, kann man religiöse oder kulturelle Unterschiede politisch instrumentalisieren und mit ihnen Politik betreiben.

- ▶ Es braucht die Vision einer multikulturellen und multireligiösen Schweiz, in der es verschiedene Formen des Schweizer- und Schweizerin-Seins gibt und in der nicht einfach die Mehrheitsgesellschaft das "Wir" definiert. In einer solchen Gesellschaft sind Minderheiten nicht mehr diskriminiert als die "Anderen", die nicht zur Mehrheitsgesellschaft gehören; sie sind vielmehr Teil des sprachlich, kulturell und religiös vielfältigen "Wir", das die Schweiz seit ihrer Gründung ausmacht. In dieser Schweiz, die sich nicht mehr durch die Abgrenzung von "Anderen" definiert, sondern durch ihre Tradition der Freiheit, Humanität, Toleranz und der gelebten Vielfalt verschiedener Kulturen, Sprachen und Religionen, gelten die gleichen (Grund-)Rechte und Pflichten für alle Menschen, die das Schweizerhaus bewohnen.